

INHALT

BEITRÄGE

Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	3
Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern	9
Was kostet die Kinder- und Jugendhilfe?	13

GRAPHIKEN

Wirtschaftsgraphiken	17
----------------------	----

KONJUNKTUR AKTUELL

Verarbeitendes Gewerbe - Oktober 2003	22
---------------------------------------	----

ANHANG

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Saarland	24
Mitteilungen des Amtes	24

BEILAGE

Zahlenspiegel	
---------------	--

ZEICHENERKLÄRUNG

- p vorläufige Zahlen
- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- r berichtigte Zahlen
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... Angabe fällt später an
- / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich

IMPRESSUM

Herausgeber: Statistisches Landesamt Saarland
Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken
Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 5 01 - 59 35 oder - 59 25
Telefax: (06 81) 5 01 - 59 15
E-Mail: statistik@stala.saarland.de
Internet: <http://www.statistik.saarland.de>

Bezugspreis: Einzelheft **2,80 EUR**
Jahresabonnement **28,00 EUR**

Bestellungen: Statistisches Landesamt Saarland
Telefon: (06 81) 5 01 - 59 27

ISSN 1430 - 2764

© **Statistisches Landesamt Saarland, Saarbrücken, 2003.**

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Gastbeitrag^{*)}

Dr. Sylvia Zühlke, Dipl.-Volkswirt Markus Zwick, Dipl.-Sozialwirt Sebastian Scharnhorst,
Dipl.-Soziologe Thomas Wende¹⁾

Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Komplexität des wirtschaftlichen und sozialen Wandels sowie die Fortschritte in Wissenschaft und Informationstechnik haben den Datenbedarf moderner Gesellschaften grundlegend verändert. Die zur Analyse und Gestaltung moderner Gesellschaften erforderlichen Daten müssen insbesondere Informationen über Teilgruppen der Gesellschaft liefern sowie Analysen des wirtschaftlichen und sozialen Wandels auf der Basis von Längsschnittdaten erlauben. Aufgrund des geänderten Informationsbedarfs ist die Veröffentlichung von Ergebnissen in Form von Tabellen heute nicht mehr ausreichend. Vielmehr entspricht es den methodischen und inhaltlichen Erfordernissen, statistische Daten entsprechend dem wissenschaftlichen Datenbedarf bereitzustellen. Dazu gehört auch, Zugangsmöglichkeiten zu anonymisierten und nicht anonymisierten Mikrodaten zu schaffen, mit denen differenziertere Analysen durchgeführt werden können.

Vor diesem Hintergrund wurde in den letzten Jahren in Deutschland intensiv über den Zugang der Wissenschaft zu den Mikrodaten der amtlichen Statistik diskutiert. Durch die "Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik" (KVI) wurden dafür im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung verschiedene Vorschläge zur Verbesserung der Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft und Statistik erarbeitet.²⁾ Eine der zentralen institutionellen Empfehlungen dieser Kommission bestand in der möglichst raschen Einrichtung von Forschungsdatenzentren bei den öffentlichen Datenproduzenten.

Diese Empfehlung wurde von der amtlichen Statistik aufgegriffen. Im Jahr 2001 hat das Statistische Bundesamt ein solches Forschungsdatenzentrum etabliert. Ein weiteres Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter wurde im März 2002 als gemeinsame Einrichtung aller Statistischen Landesämter mit 16 regionalen Standorten eingerichtet. Mit diesen Forschungsdatenzentren intensiviert die deutsche amtliche Statistik ihre bisherigen Bemühungen, Mikrodaten der amtlichen Statistik für wissenschaftliche Analysen zugänglich zu machen.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, die neuen Formen und Wege der Nutzung amtlicher Mikrodaten, die sich aus der Einrichtung der

Forschungsdatenzentren ergeben haben, vorzustellen. Hierfür folgt zunächst ein Überblick über die Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Nutzung von Mikrodaten der amtlichen Statistik in Deutschland. Anschließend werden die Ziele und Aufgaben der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder beschrieben sowie die unterschiedlichen Möglichkeiten der Datennutzung präsentiert, die mit den Forschungsdatenzentren angeboten werden.

Die Nutzung von Mikrodaten der amtlichen Statistik in Deutschland

Die Nutzung von Mikrodaten der amtlichen Statistik durch die Wissenschaft wurde in Deutschland sehr stark von der Entwicklung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) beeinflusst, das 1953 verabschiedet und in den Jahren 1980 und 1987 novelliert wurde.

Bei der Entstehung des Bundesstatistikgesetzes wurde die Übermittlung von Mikrodaten an die Wissenschaft kaum diskutiert, sodass in der Gesetzesfassung von 1953 hierzu noch keine explizite Regelung enthalten war. Aufgrund der fehlenden Möglichkeiten, umfangreiche Mikrodaten zu verarbeiten, war die Nachfrage nach Mikrodaten in den fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts relativ gering. Sofern die Übermittlung von Einzelangaben nicht explizit in anderen Gesetzen geregelt war, wurden nur für wenige Projekte formal anonymisierte Mikrodaten³⁾ zur Verfügung gestellt. So wurden amtliche Mikrodaten seitens der Wissenschaft erstmals in dem Projekt "Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland (SPES)" analysiert, das 1972 bis 1978 durchgeführt wurde.⁴⁾ Für dieses Projekt stellte die amtliche Statistik formal anonymisierte Mikrodaten des Mikrozensus und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zur Verfügung. Für das gleiche Projekt wurde auch eine Stichprobe der Volkszählung 1970 (VZ70) auf der Grundlage des Volkszählungsgesetzes bereitgestellt.

^{*)} Der Beitrag ist auch erschienen in: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/2003.

Als die Nachfrage nach Mikrodaten mit der Fortentwicklung der Informationstechnik schnell anstieg, wurden die allgemeinen Regelungen des im Jahr 1977 verabschiedeten Bundesdatenschutzgesetzes über die Datenübermittlung mit der Novellierung des BStatG im Jahr 1980 für den speziellen Bereich der Statistik konkretisiert und präzisiert. Der Kreis möglicher Empfänger von Einzelangaben wurde dabei an die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über die Strafbarkeit bei Verletzung von Privatgeheimnissen angepasst. Mit der Einführung der so genannten Weiterleitungsvorschrift des § 11 Abs. 5 BStatG 1980 wurde die Absicht verfolgt, den Zugang zu den amtlichen Mikrodaten allgemein zu regeln. Diese Vorschrift sah die Weitergabe von Mikrodaten in absolut anonymisierter Form an die Nutzer vor. Bei Anwendung dieser Möglichkeit innerhalb konkreter Projekte zeigte sich allerdings, dass die Anforderungen an ein solchermaßen absolut anonymisiertes Datenmaterial so restriktiv waren, dass es in der Folgezeit nur noch zu wenigen Datennutzungen kam. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben des BStatG konnten für nachfolgende Projekte wie "Vergleichende Analysen der Sozialstruktur mit Massendaten" (VASMA) oder für den Sonderforschungsbereich 3 "Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik" der Deutschen Forschungsgemeinschaft nur noch absolut anonymisierte Mikrodaten zu relativ hohen Kosten zur Verfügung gestellt werden.⁵⁾

Sowohl die informationelle Selbstbestimmung als auch die Wissenschaftsfreiheit sind als Grundrechte im Grundgesetz verankert. Damit ist der Gesetzgeber aufgerufen, für einen angemessenen Ausgleich dieser Grundrechte Sorge zu tragen. Bei der Novellierung des Bundesstatistikgesetzes im Jahr 1987, mit der das Recht der amtlichen Statistik an die Anforderungen des Volkszählungsurteils von 1983⁶⁾ angepasst werden sollte, wurde dem Rechnung getragen, als nunmehr der Wissenschaft auch Daten übermittelt werden konnten, die eine Deanonymisierung zwar nicht mit Sicherheit ausschließen, aber Betroffenen nur zugeordnet werden können, wenn der Datenempfänger einen unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft erbringen musste. Die Einführung des Begriffs der faktischen Anonymität für die Weitergabe von Mikrodaten an die Wissenschaft erlaubte es nun, im Rahmen des so genannten Wissenschaftsprivilegs unter bestimmten Voraussetzungen Mikrodaten an die Wissenschaft zu liefern, die ein Restrisiko der Deanonymisierung aufwiesen. In der Folgezeit konkretisierten verschiedene Projekte die Ausgestaltung faktisch anonymisierter Mikrodatensätze. Insbesondere die Ergebnisse des Projektes "Die faktische Anonymisierung von Mikrodaten" erlaubten es, ab Mitte der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts erste standardisierte faktisch anonymisierte Mikrodatensätze für den Bereich der Haushalts- und Personenerhebungen zur Verfügung zu stellen.⁷⁾

Während hierdurch und durch weitere Aktivitäten außerhalb der amtlichen Statistik⁸⁾ insbesondere für sozialwissenschaftli-

che Fragestellungen eine neue Datenbasis geschaffen wurde, konnten im Bereich der Wirtschaftswissenschaften aufgrund der größeren Schwierigkeiten bei der Anonymisierung von Betriebs- und Unternehmensdaten zunächst keine vergleichbaren Fortschritte erzielt werden. Der fehlende Datenzugang, insbesondere zu den Unternehmens- und Betriebsdaten, wurde seitens der Wissenschaft in dem Memorandum "Erfolgsbedingungen empirischer Wirtschaftsforschung und empirisch gestützter wirtschafts- und sozialpolitischer Beratung"⁹⁾ aufgegriffen. Hierin wurde gefordert, den Zugang zu schwer anonymisierbaren Mikrodaten innerhalb der Räumlichkeiten der Datenproduzenten zu ermöglichen. Die Diskussion über den Mikrodatenzugang der Wissenschaft gewann mit dem Memorandum sowie dem Symposium "Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik - Praxis und Perspektiven"¹⁰⁾ im Jahr 1999 eine neue Dynamik, die auch von der Politik aufgegriffen wurde.

In der Folge erarbeitete die "Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik" (KVI) eine Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Kooperation von Wissenschaft und Statistik. Diese reichen von der Mitwirkung der Datennutzer bei der Aufstellung der Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme über die Perspektiven einer modernen Aus- und Weiterbildung in der Statistik bis zu den verschiedenen Möglichkeiten für den Zugang der Wissenschaft zu den Mikrodaten der öffentlichen Datenproduzenten. Eine wesentliche institutionelle Forderung bezieht sich auf die Einrichtung von Forschungsdatenzentren bei den Datenproduzenten und auf die Einrichtung von Servicezentren. Derzeit werden die Empfehlungen der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur vom Gründungsausschuss des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten umgesetzt. Eine Reihe von Forschungsdatenzentren und Servicezentren konnten ihre Arbeit bereits aufnehmen.¹¹⁾

Hierzu zählen auch die beiden Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik. Zwar sind diese zwei voneinander unabhängige Einrichtungen, gleichwohl stimmen sie ihre Arbeit eng untereinander ab, um der Wissenschaft ein nutzungsgerechtes Angebot für einen verbesserten Datenzugang zu unterbreiten. Den Empfehlungen der KVI folgend, nach denen die Einrichtung einer leistungsfähigen Dateninfrastruktur eine Aufgabe der Forschungsförderung ist, haben sowohl das Statistische Bundesamt als auch die Statistischen Landesämter für ihr Projekt einen Förderantrag beim Bundesministerium für Bildung und Forschung gestellt. Mit Hilfe dieser Mittel soll die Infrastruktur für ein umfangreiches Dienstleistungs- und Datenangebot geschaffen werden.

Ziele und Aufgaben der Forschungsdatenzentren

Das wesentliche Ziel der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder besteht darin, den

Zugang der Wissenschaft zu den Mikrodaten der amtlichen Statistik durch die Einrichtung unterschiedlicher Datennutzungswege zu erleichtern. Eine wesentliche Voraussetzung für die Erreichung dieses Ziels besteht in der grundsätzlichen Verbesserung der Dateninfrastruktur durch den Aufbau einer fachlich zentralisierten Datenhaltung für ausgewählte Statistiken und durch die Einrichtung eines Metadateninformationssystems.

In Deutschland wird der überwiegende Teil der Statistiken dezentral in den Statistischen Landesämtern durchgeführt, so dass dort über 90 % aller Mikrodaten der amtlichen Statistik erhoben, aufbereitet und gespeichert werden. Da sich wissenschaftliche Analysen in der Regel jedoch auf mehrere Bundesländer oder das gesamte Bundesgebiet beziehen, planen die Statistischen Landesämter den Aufbau einer fachlich zentralisierten Datenhaltung. Dadurch wird es möglich sein, die Mikrodaten der amtlichen Statistik länderübergreifend an allen regionalen Standorten der Forschungsdatenzentren zu nutzen.

Damit wissenschaftliche Nutzer die Mikrodaten der amtlichen Statistik analysieren und interpretieren können, benötigen sie zudem umfassende Informationen über die Datensätze sowie über die Erhebung, die Aufbereitung und die Qualität der Daten. Hierfür werden die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ein internet-basiertes Metadateninformationssystem entwickeln, in dem sich die Nutzer über die Erhebungen der amtlichen Statistik informieren können.

Datennutzungswege

Um der Wissenschaft den Zugang zum gesamten Informationspotenzial der amtlichen Statistik zu öffnen, richten die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unterschiedliche Zugangswege zur Nutzung ihrer Mikrodaten ein. Damit werden den Nutzern zusätzliche und weitergehende Möglichkeiten zur Analyse von Mikrodaten der amtlichen Statistik eröffnet, als dies bislang möglich war.

Ansatzpunkt dieser zusätzlichen Nutzungswege ist es, die Vermeidung einer Reidentifikation der Auskunftgebenden nicht mehr allein durch Veränderungen im Datenmaterial sicherzustellen, sondern auch durch die Regulierung des Datenzugriffs. Die einzelnen Nutzungswege resultieren daher aus verschiedenen Kombinationen von Datenanonymisierung und Zugriffsregulierung.

a) Absolut anonymisierte Mikrodatensätze

Absolut anonymisierte Daten werden durch Aggregation oder durch die Entfernung einzelner Merkmale so weit verändert, dass eine Identifizierung der Auskunftgebenden nach menschlichem Ermessen unmöglich gemacht wird. Die amtliche Statistik bietet absolut anonymisierte Mikrodaten in Form so ge-

nannter Public Use Files (PUF) an. Diese können allen interessierten Personen zur Verfügung gestellt werden.

Bislang wurden solche Datensätze für die Sozialhilfestatistik sowie für die Zeitbudgeterhebung erstellt. Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder arbeiten verstärkt an einer Ausweitung dieses Angebotes. Eine weitere Hauptzielrichtung der Public Use Files liegt im Bereich der Hochschullehre. Die Forschungsdatenzentren entwickeln derzeit so genannte Campus-Files, die an Hochschulen zu Lehrzwecken eingesetzt werden können. Diese Datensätze sollen Studentinnen und Studenten schon frühzeitig die Möglichkeit bieten, die Besonderheiten der Analyse von amtlichen Mikrodaten kennen zu lernen. Es ist geplant, einen ersten Campus-File des Mikrozensus 1998 noch im laufenden Semester zur Verfügung zu stellen.

b) Faktisch anonymisierte Mikrodatensätze

Eine absolute Datenanonymisierung birgt den Nachteil, dass damit auch ein erheblicher Teil der statistischen Information verloren geht. Dagegen werden Mikrodaten als faktisch anonym bezeichnet, wenn die Deanonymisierung zwar nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann, die Angaben jedoch nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft dem jeweiligen Merkmalsträger zugeordnet werden können.¹²⁾ Nach Maßgabe des Bundesstatistikgesetzes können faktisch anonymisierte Daten allerdings nur wissenschaftlichen Einrichtungen und nur zur Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben zugänglich gemacht werden.

Die Hauptzielrichtung der faktischen Anonymisierung besteht darin, durch behutsame Informationsreduktion und Informationsveränderungen die Zuordnungsmöglichkeiten von Merkmalsausprägungen zu den entsprechenden Merkmalsträgern zu verringern, dabei jedoch den statistischen Informationsgehalt zu schonen. Hierfür müssen für jede einzelne Erhebung der Aufwand und der Nutzen einer Deanonymisierung analysiert werden. Dabei können unterschiedliche Anonymisierungsverfahren zur Anwendung kommen.¹³⁾

Faktische Anonymität resultiert allerdings nicht allein aus dem realen Informationsgehalt der Daten, sondern auch aus den bestehenden Möglichkeiten zur Deanonymisierung. Wann ein Mikrodatensatz als faktisch anonym bezeichnet werden kann, hängt daher insbesondere davon ab, unter welchen Rahmenbedingungen die Daten verarbeitet werden. So ist von entscheidender Bedeutung, welches Zusatzwissen vorliegt und wo die Datennutzung stattfindet. Abhängig davon, ob die Mikrodaten extern oder in den statistischen Ämtern genutzt werden, kann die faktische Anonymität mit mehr oder minder starken Informationseinbußen erreicht werden.

Ein immer wieder deutlich vorgetragener Wunsch der Wissenschaft ist es, Mikrodaten in anonymisierter Form am eigenen Arbeitsplatz zu nutzen. Die faktische Anonymisierung der Mikrodaten ermöglicht diese Übermittlung nicht vollständig an-

onymisierter Mikrodaten zur externen (Off-Site-)Nutzung in wissenschaftlichen Einrichtungen. Da jedoch allein durch die Herausgabe dieser Daten ein höheres Deanonymisierungsrisiko besteht als bei der Nutzung in einem statistischen Amt, ist die Datenanonymisierung relativ stark ausgeprägt. Die für diese Nutzungsform erzeugten Datensätze werden als Scientific Use Files (SUF) bezeichnet.

Die amtliche Statistik bietet im Bereich der personenbezogenen Daten mit dem Mikrozensus, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und der Zeitbudgeterhebung bereits ein breites Datenspektrum als Scientific Use Files an. Die Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder sind bestrebt, dieses Angebot sukzessive zu erweitern. So laufen zurzeit Projekte zur Anonymisierung der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik und der Diagnosestatistik. Im kommenden Jahr soll darüber hinaus mit der Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung erstmals auch ein so genannter Employer-Employee-Datensatz zur standardmäßigen Anonymisierung herangezogen werden. Mit dem Projekt "Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten" versucht die amtliche Statistik, gemeinsam mit den wissenschaftlichen Nutzern auch in diesem Bereich anonymisierte Standardfiles zu entwickeln.¹⁴⁾

c) Projektbezogene faktische Anonymisierung zur On-Site-Nutzung

Bei geringer Nachfrage nach einzelnen Statistiken und bei schwer zu anonymisierenden Mikrodaten wird es in vielen Fällen nicht sinnvoll sein, in einem aufwändigen Verfahren standardisierte Scientific Use Files zu erstellen. Hier ist eine projektbezogene Anonymisierung der Daten sinnvoller. Dies hat den praktischen Vorteil, dass dabei nicht die gesamten Ergebnisse einer Statistik anonymisiert werden, sondern lediglich die daraus benötigten Merkmale.

Die projektbezogene Anonymisierung erzeugt ebenfalls eine faktische Datenanonymität. Diese Daten können jedoch nur in den Räumlichkeiten der Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder an so genannten Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen ausgewertet werden. Da die Mikrodaten dabei in den Räumlichkeiten der amtlichen Statistik verbleiben und kaum mit Zusatzinformationen kombiniert werden können, hat diese Nutzungsform einen weiteren wesentlichen Vorteil: Faktische Anonymität wird hier bereits bei wesentlich geringeren Veränderungen im Datenmaterial erreicht als bei der Erstellung von Scientific Use Files für die Off-Site-Nutzung und folglich verbleiben mehr Informationen im Datenmaterial.

Um die Attraktivität dieser so genannten On-Site-Nutzung von Mikrodaten zusätzlich zu erhöhen und die regionale Erreichbarkeit dieser Nutzungsform zu gewährleisten, planen die Forschungsdatenzentren neben den bereits bestehenden Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen in Berlin, Bonn und Wiesbaden weitere Arbeitsplätze in allen Statistischen Landesäm-

tern einzurichten. An diesen können die Daten mit gängigen statistischen Analyseprogrammen (SAS, SPSS, STATA) ausgewertet werden.

d) Nutzung amtlicher Mikrodaten durch kontrollierte Datenfernverarbeitung

Die Datennutzung via Datenfernverarbeitung ist eine relativ neue Entwicklung, deren Bedeutung in der Zukunft zunehmen wird.¹⁵⁾ Mit diesem Verfahren ist es der Wissenschaft möglich, das Informationspotenzial von nur formal anonymisiertem Mikrodatenmaterial zu nutzen, ohne jedoch selbst direkten Zugriff auf diese Daten zu haben. Die Wissenschaftler entwickeln dabei Auswertungsprogramme (Syntax-Skripte), die dann von den Mitarbeitern der Forschungsdatenzentren an den Originaldaten angewendet werden. Diese Datendienstleistung wird zurzeit in den Programmen SPSS, SAS und STATA angeboten. Die Datenfernverarbeitung ist im Gegensatz zu den Scientific Use Files nicht auf einen bestimmten Personenkreis beschränkt und bietet daher auch für ausländische Wissenschaftler und für den nichtwissenschaftlichen Interessentenkreis eine Möglichkeit, Mikrodaten der amtlichen Statistik zu nutzen.

Zur praktikablen Anwendung der Datenfernverarbeitung stellen die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Datenstrukturfiles zur Verfügung, die es den Nutzern ermöglichen, ihre Auswertungsprogramme auf die Struktur der Originaldaten abzustimmen. Diese Datenstrukturfiles geben die Datenstruktur des originären Datensatzes wieder, ohne inhaltliche Informationen zu transportieren. Das Material ist also in der Merkmalsstruktur, Anzahl der Satzstellen, Datensatzlänge identisch mit dem Originalmaterial. Durch ein technisches Verfahren sind die Daten aber so verfälscht, dass nur noch synthetische inhaltsleere Datensätze zur Verfügung stehen. Zurzeit stehen solche Datenstrukturfiles für die Mikrodaten des Mikrozensus und der Lohn- und Einkommensteuerstatistik zur Verfügung.

Derzeit ist die Datenfernverarbeitung ein relativ arbeitsaufwändiges Verfahren, da die Programmsyntax vorab auf De-anonymisierungsstrategien und der Datenoutput anschließend auf Geheimhaltungsfälle überprüft werden müssen. Bisher werden diese Schritte noch manuell durchgeführt. Zwar liegen mittlerweile auch erste automatisierte Verfahren für diese Prüfungen vor, jedoch ist auch mit diesen Lösungsansätzen derzeit noch keine vollständige Automatisierung der Datenfernverarbeitung möglich.

Ein wesentliches Ziel der Forschungsdatenzentren besteht daher darin, Verfahren zu entwickeln, die eine stärkere Automatisierung der Datenfernverarbeitung erlauben. Ansatzpunkte hierfür bieten insbesondere die LIS/LES-Datenbank sowie das in Dänemark praktizierte Verfahren einer Online-Datenverarbeitung.¹⁶⁾ Die LIS/LES-Datenbank erlaubt den direkten Datenzugriff auf die Mikrodaten der Luxembourg

Income Study/Luxembourg Employment Study über das Internet.¹⁷⁾ Über die Angabe eines projektbezogenen Passworts können durch die Übermittlung von SAS-, SPSS- oder STATA-Files automatisch Datenauswertungen gestartet werden. LIS/LES ist so ausgestaltet, dass auch eine begrenzte Syntax- und Ergebnisüberprüfung erfolgt.

Das dänische Modell sieht hingegen vor, dass Wissenschaftler direkt von ihrem Arbeitsplatz aus auf einen Server zugreifen können, der vom statistischen Amt für Forschungszwecke eingerichtet und gepflegt wird.¹⁸⁾ Die Wissenschaftler erhalten hierzu Zugriff auf ein Verzeichnis, in dem nur die Daten abgelegt sind, die sie für ihr Forschungsvorhaben benötigen. Die Daten können von den Wissenschaftlern in ein für sie angelegtes Arbeitsverzeichnis kopiert werden; von dort werden auch die Analysen durchgeführt. Die Ergebnisse werden automatisch per E-Mail versendet. Der gesamte Prozess der Datenverarbeitung kann von dem statistischen Amt jederzeit daraufhin überprüft werden, ob die vertraglich vereinbarten Regeln eingehalten werden.

Mit den Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen und der Datenfernverarbeitung stehen der Wissenschaft, neben den Scientific Use Files, zwei weitere Möglichkeiten für den Zugang zu Mikrodaten der amtlichen Statistik offen. Diese können auch miteinander kombiniert werden. Unabhängig davon, welche Möglichkeit des Datenzugangs gewählt wird, unterliegt die Datenbereitstellung, abgesehen von den Public Use Files, allerdings einer Zweckbindung. Dies bedeutet, dass die Mikrodaten nicht für allgemeine Forschungszwecke zur Verfügung gestellt werden können, sondern nur für ein definiertes und zeitlich begrenztes Forschungsvorhaben.

Sonderaufbereitungen

Neben den dargestellten Datennutzungswegen besteht für alle Nutzergruppen weiterhin die Möglichkeit, gegen Entgelt Sonderaufbereitungen in Auftrag zu geben. Hierbei handelt es sich um Datenauswertungen, die auf den speziellen Informationsbedarf eines bestimmten Nutzers zugeschnitten sind und nicht oder nur unzureichend mit den sonstigen Datennutzungswegen umgesetzt werden können. Im Gegensatz zur kontrollierten Datenfernverarbeitung werden die Auswertungsprogramme nicht von den Nutzern, sondern von der amtlichen Statistik erstellt. Hierzu wird der Datenbedarf im Dialog zwischen amtlicher Statistik und Nutzer soweit konkretisiert, dass ein Auswertungsprogramm erstellt werden kann. Anschließend wird das formal anonymisierte Datenmaterial mit Hilfe des entwickelten Programms in den statistischen Ämtern ausgewertet. Die Ergebnisse werden nach einer Geheimhaltungsprüfung an die Nutzer übermittelt. Die Nutzer haben hierbei keinerlei direkten Kontakt mit den Mikrodaten.

Datenbedarf der Wissenschaft und Nutzungspräferenzen

Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder streben an, ihr Dienstleistungsangebot dem wissenschaftlichen Bedarf entsprechend weiterzuentwickeln und befragen daher regelmäßig potenzielle Nutzer nach ihren Präferenzen. Um den konkreten Datenbedarf der Wissenschaft bei der Entwicklung des Dienstleistungsangebotes zu berücksichtigen, hat das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter im Sommer 2002 eine Nutzerbefragung durchgeführt.¹⁹⁾ Ziel der Umfrage war es, die potenziellen Nutzerinnen und Nutzer des künftigen Datenangebotes der Forschungsdatenzentren anzusprechen und ihren konkreten Datenbedarf zu ermitteln. Dabei konnten sich die Befragten auch zu den unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten, den von ihnen eingesetzten Analyseprogrammen und ihrem Interesse an geplanten Veranstaltungen der beiden Forschungsdatenzentren äußern.

Von den 700 befragten Wissenschaftlern gaben immerhin knapp 600 an, dass sie im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit Mikrodaten nutzen oder zukünftig benötigen werden. Insgesamt weisen die Ergebnisse der Nutzerbefragung somit auf ein großes Interesse der Wissenschaft an der Nutzung von Mikrodaten der amtlichen Statistik hin. Da der in der Umfrage angegebene Datenbedarf fachlich sehr breit gestreut ist, werden sich die Forschungsdatenzentren nicht auf die Bereitstellung einzelner weniger Statistiken konzentrieren können, sondern müssen mittelfristig ein breites Datenangebot bereithalten.

Bezüglich der angebotenen Datennutzungswege weist die Befragung auf eine eindeutige Präferenz für die Nutzung von faktisch und absolut anonymisierten Daten am eigenen Arbeitsplatz hin, während die Arbeit an den Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen und die kontrollierte Datenfernverarbeitung zum Befragungszeitpunkt kaum auf das Interesse der Wissenschaft stießen. Es wird jedoch nicht möglich sein, alle relevanten Erhebungen der amtlichen Statistik als anonymisierte Datensätze anzubieten. Die Forschungsdatenzentren planen daher, die Attraktivität der alternativen Nutzungswege durch deren nutzungsgerechte Ausgestaltung deutlich zu steigern. Insbesondere die Einrichtung von Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen in allen regionalen Standorten der Forschungsdatenzentren wird die regionale Erreichbarkeit des Dienstleistungsangebots der amtlichen Statistik deutlich verbessern, sodass der Zugang zu den Mikrodaten wesentlich erleichtert wird.

Ausblick

Durch die beschriebene Weiterentwicklung der Dateninfrastruktur und die Einrichtung unterschiedlicher Datennutzungs-

wege wird die Mikrodatenbasis für wissenschaftliche Analyse-
zwecke entscheidend verbessert werden. Die Diskussion um
den Zugang der Wissenschaft zu dem Informationspotenzial
der öffentlichen Datenproduzenten ist jedoch mit der Einrich-
tung von Forschungsdatenzentren bei den unterschiedlichen
öffentlichen Datenproduzenten nicht abgeschlossen. Zukünftige
Fragen des Datenzugangs betreffen neben grundsätzlichen
Regelungen insbesondere auch die Bereitstellung inter-
national vergleichbarer Mikrodaten.

Die Diskussion um eine grundsätzliche Regelung des Da-
tenzugangs wird vom Gründungsausschuss des Rates für So-
zial- und Wirtschaftsdaten unter dem Begriff des "Forschungs-
datengeheimnisses" geführt. Der Vorschlag des Gründungs-
ausschusses sieht vor, dass Wissenschaftlerinnen und Wis-
senschaftler den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Daten-
produzenten gleich gestellt werden und somit weitergehende
Rechte zur Nutzung der Mikrodaten als bisher erhalten sollen.
Gleichzeitig sollen ein Zeugnisverweigerungsrecht sowie ein
Beschlagnahmeverbot den unbefugten Zugriff Dritter auf die
bei den Wissenschaftlern gespeicherten Mikrodaten verhin-
dern.

Ein wesentliches Problem, Mikrodaten für die international
vergleichende wissenschaftliche Forschung zu nutzen, be-
steht darin, dass in den einzelnen Ländern der Mikrodatenzu-
gang sehr unterschiedlich geregelt ist.²⁰⁾ Dadurch ist die He-
ranziehung verschiedener nationaler Mikrodaten für die Wis-
senschaft mit einem recht hohen Aufwand verbunden. Erste
Ansätze, den Datenzugang zu den Erhebungen der Europäi-
schen Union zu vereinheitlichen, wurden mit den Verordnun-
gen Nr. 322/97 und darauf aufbauend 831/2002 für Gemein-
schaftsstatistiken unternommen.²¹⁾ Mit diesen Verordnungen
wird die länderübergreifende Bereitstellung von Mikrodaten
der Arbeitskräfteerhebung, des Europäischen Haushalts-
panels, der Erhebung über die berufliche Weiterbildung und
der Innovationserhebung der Gemeinschaft angestrebt. Die
Umsetzung dieser Verordnungen wird jedoch zurzeit dadurch
erschwert, dass die dort vorgesehenen Regelungen teilweise
noch den nationalen Regelungen in den Ländern der Europäi-
schen Union widersprechen.

Aufgrund der dargestellten Entwicklungen ist davon auszu-
gehen, dass sich die Datenzugangsmöglichkeiten der Wissen-
schaft auch zukünftig weiterentwickeln werden. Die For-
schungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes
und der Länder werden sich an diesem Prozess durch eigene
Ausgestaltungsvorschläge weiterhin intensiv beteiligen.

Markus Zwick und Thomas Wende sind Mitarbeiter im Forschungsdatenzentrum
des Statistischen Bundesamtes.

2) Siehe Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwi-
schen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): "Wege zu einer besseren informati-
onellen Infrastruktur", Baden-Baden 2001.

3) Formal anonymisiert bedeutet, dass aus dem Originaldatenmaterial direkte
Identifikatoren wie etwa Name, Anschrift oder Sozialversicherungsnummer ge-
löscht wurden, es aber darüber hinaus unverändert ist.

4) Siehe Krupp, H.-J.: "Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem
für die Bundesrepublik Deutschland", Allgemeines Statistisches Archiv, Band
57, 1973, S. 380 ff.

5) Zu den Projekten siehe Hauser, R. (Hrsg.): "Mikroanalytische Grundlagen der
Gesellschaftspolitik: Ergebnisse aus dem gleichnamigen Sonderforschungsbe-
reich", Band 1 und 2, Berlin 1994. Die Ergebnisse des Projektes VASMA sind un-
ter <http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Mikrodaten/Daten/brd/literatur.pdf>
dokumentiert.

6) BVerfGE 65, 1.

7) Siehe hierzu insbesondere Müller, W./Blien, U./Knoche, P./Wirth, H. u.a.: "Die
faktische Anonymität von Mikrodaten", Band 19 der Schriftenreihe "Forum der
Bundesstatistik", Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden 1991.

8) Außerhalb der amtlichen Statistik haben sich insbesondere mit dem Sozio-
oekonomischen Panel (SOEP) und der "Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der
Sozialwissenschaften (ALLBUS)" Erhebungen etabliert, die regelmäßig durch-
geführt werden und für wissenschaftliche Analyse Zwecke zur Verfügung stehen.

9) Siehe Hauser, R./Wagner, G./Zimmermann, K.-F.: "Erfolgsbedingungen em-
pirischer Wirtschaftsforschung und empirisch gestützter wirtschafts- und sozial-
politischer Beratung: Ein Memorandum", Allgemeines Statistisches Archiv,
Band 82, 1998, S. 369 ff.

10) Die Ergebnisse des Symposiums sind dokumentiert in Müller, W./Schimpl-Nei-
manns, B./Krupp, H.-J./Wiegert, R. u.a.: "Kooperation zwischen Wissenschaft
und amtlicher Statistik - Praxis und Perspektiven", Band 34 der Schriftenreihe
"Forum der Bundesstatistik", Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden
1999.

11) Für einen Überblick siehe Lüttinger, P./Schimpl-Neimanns, B./Wirth, H./Pa-
pastefanou, G.: "Mikrodaten (German Microdata Lab): Das Servicezentrum für
amtliche Mikrodaten bei ZUMA", ZUMA Nachrichten Nr. 52, 2003, S. 153 ff.

12) Diese Regelung geht zurück auf den § 16 Abs. 6 BStatG.

13) Ein Überblick über Anonymisierungsmethoden ist zu finden in Köhler,
S.: "Anonymisierung von Mikrodaten in der Bundesrepublik und ihre Nutzung
- Ein Überblick" in Band 31 der Schriftenreihe "Forum der Bundesstatistik", Sta-
tistisches Bundesamt (Hrsg.), 1999, S. 133 ff.

14) Siehe hierzu z. B. Sturm, R.: "Wirtschaftsstatistische Einzeldaten für die Wis-
senschaft" in WiSta 2/ 2002, S. 101 ff.

15) Erste Erfahrungen wurden hier im Bereich der Steuerstatistiken gesammelt.
Siehe hierzu Zwick, M.: "Steuerstatistische Einzeldaten und ihre Auswertungs-
möglichkeiten für die Wissenschaft", Allgemeines Statistisches Archiv, Band 83,
1999, S. 248 ff.

16) Darüber hinaus bietet das Programm ?-ARGUS die Möglichkeit, Ergebnisse,
die in Form von Tabellen vorliegen, maschinell geheim zu halten. Das Programm
wurde vom Statistischen Zentralamt der Niederlande für Eurostat entwickelt und
für die tabellen-übergreifende Geheimhaltung vom Landesamt für Datenverar-
beitung und Statistik Nordrhein-Westfalen erweitert. Es wird zurzeit in Deutsch-
land ausführlich getestet.

17) Siehe hierzu ausführlich Smeeding, T. M./Jesuit, D. K./Alkemade, P.: "The
LIS/LES Project Databank: Introduction and Overview" in Schmollers Jahrbuch,
Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 122. Jg., Heft 3, 2002,
S. 497 ff.

18) Das Modell wird in dem Bericht "Access to Microdata" beschrieben, der vom
Statistischen Amt Schwedens 2003 herausgegeben wurde.

19) Siehe hierzu ausführlich Zühlke, S./Hetke, U.: "Datenbedarf und Datenzu-
gang: Ergebnisse der ersten Nutzerbefragung des Forschungsdatenzentrums
der Statistischen Landesämter" in Allgemeines Statistisches Archiv, Band 87,
2003, S. 321 ff. (erscheint demnächst).

20) Eine Darstellung der verschiedenen nationalen Ansätze zum Datenzugang
findet sich in den Tagungsbeiträgen zum internationalen "Workshop on Microda-
ta" vom 21./22. August 2003 unter <http://www.micro2122.scb.se>.

21) Verordnung (EG) Nr. 831/2002 der Kommission vom 17. Mai 2002 zur
Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemein-
schaftsstatistiken - Regelung des Zugangs zu vertraulichen Daten für wissen-
schaftliche Zwecke (Amtsbl. der EG Nr. L 133 vom 18. Mai 2002, S. 7 ff.).

1) Dr. Sylvia Zühlke und Sebastian Scharnhorst sind in der Geschäftsstelle des
Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter tätig, die im Landes-
amt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen angesiedelt ist.

Marie-Luise Pfaff

Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern

Zum Standardprogramm der alle fünf Jahre stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gehört die Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern. Bei vielen Produkten ist mittlerweile die Sättigungsgrenze erreicht.

Elektrische Haushaltsgeräte

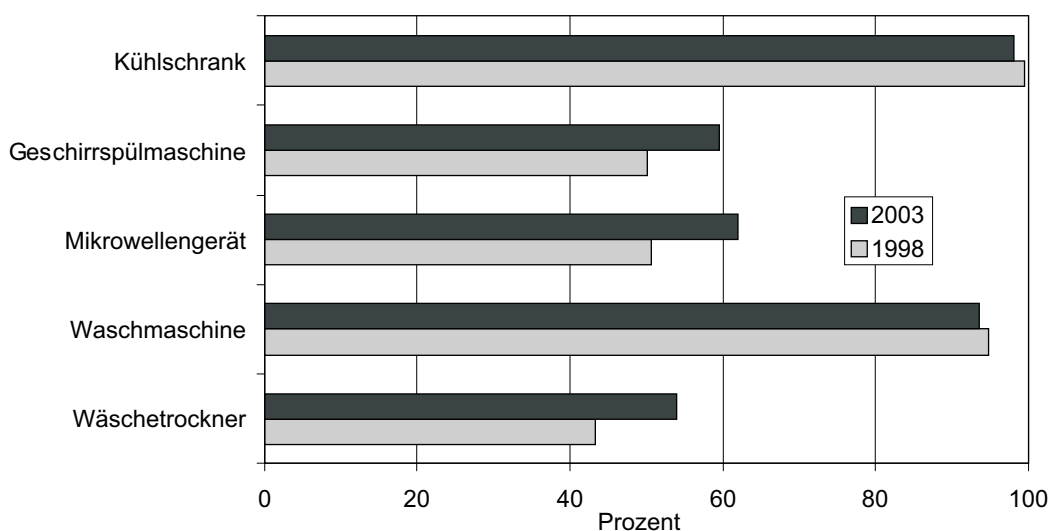
Elektrische Haushaltsgeräte zählen zu den klassischen Ausstattungsgegenständen, die seit vielen Jahren im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) erfragt werden. Wie die Ergebnisse der Erhebung 2003 zeigen, hat sich die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern in den vergangenen fünf Jahren weiter spürbar verbessert.

Zur Standardausrüstung der privaten Haushalte im Saarland gehörten zum Jahresanfang 2003 Fernseher, Telefon und die klassischen Helfer bei der Hausarbeit Kühlschrank und Waschmaschine, die in mehr als neun von zehn Haushalten zu finden waren. Im Vergleich zur Erhebung im Jahr 1998 besitzen die saarländischen Haushalte heute deutlich mehr "neue-

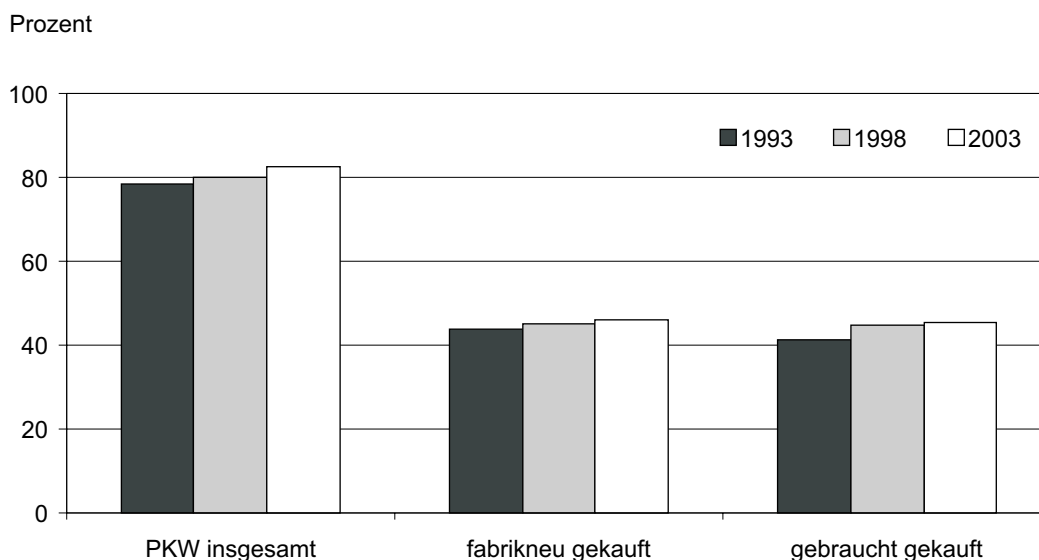
re" Gebrauchsgüter wie die Mikrowelle, Geschirrspülmaschine oder den Wäschetrockner. So verfügen nach den Ergebnissen des Einführungsinterviews zum 1. Januar 2003 knapp 60 % der privaten Haushalte im Saarland über Geschirrspülmaschinen. Die Ausstattung mit einem Mikrowellengerät lag bei 62 %. Auch ein Wäschetrockner steht bereits in jedem zweiten Haushalt.

Der Ausstattungsgrad bei den neueren Haushaltshelfern wie Mikrowelle, Geschirrspülmaschine und Wäschetrockner hat sich gegenüber 1998 besonders deutlich erhöht. So war die Mikrowelle im Jahr 1998 in gerade jedem zweiten Haushalt anzutreffen. Auch eine Geschirrspülmaschine wurde nur von der Hälfte der Privathaushalte genutzt. 1993 wurde sogar noch in sechs von zehn Haushalten das Geschirr von Hand gespült.

Ausstattung privater Haushalte im Saarland mit Haushaltsgeräten



Ausstattung privater Haushalte im Saarland mit Personenkraftwagen



Personenkraftwagen

Weiterhin steigender Beliebtheit erfreut sich das Auto. So besaßen gut 82 % der privaten Haushalte im Saarland am 1. Januar 2003 mindestens einen gekauften oder geleasten Personenkraftwagen. Der Ausstattungsgrad für PKW ist damit gegenüber 1993 (78,4 %) und 1998 (80,0 %) weiter angestiegen.

Gebraucht gekaufte Wagen sind im Jahr 2003 in den saarländischen privaten Haushalten etwa gleich oft vorhanden wie

neu angeschaffte PKW. Die Ausstattung mit Gebrauchtwagen im Saarland ist über 41 % (1993) und 45 % (1998) bis Anfang 2003 auf 46 % kontinuierlich gestiegen. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der Haushalte mit neu gekauften PKW zwischen 1993 und 2003 von 44 % auf 46 %.

Das Saarland liegt mit einer PKW-Dichte von 594 je 1 000 Einwohner deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 541.



Mehr als 93 000 Schriften

Über 600 laufende Zeitschriften und Zeitungen

Statistiken des In- und Auslandes,
der deutschen Bundesländer,
des Deutschen Reiches,
der ehemaligen deutschen Länder

Statistisches  *Saarland*

Virchowstr. 7, 66119 Saarbrücken, Tel. (06 81) 5 01 - 59 01/59 03
Fax (06 81) 5 01 - 59 21, E-Mail: statistik@stala.saarland.de
Internet: <http://www.statistik.saarland.de>

Öffnungszeiten für externe Kunden:

Montag - Freitag 8.30 - 12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes

I. Zusammenfassende Schriften

Statistisches Jahrbuch für das Saarland

Das Statistische Jahrbuch bietet aktuelle Informationen aus allen wichtigen Bereichen des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Die Darstellung in Tabellenform, die vielfach mehrjährige Vergleiche erlaubt, wird durch textliche Erläuterungen sowie durch übersichtliche Schaubilder und Grafiken ergänzt. Wichtige Daten aus der amtlichen Statistik der anderen Bundesländer sowie der Länder der EU runden das Informationsangebot ab.

Statistik-Journal, Statistisches Monatsheft Saarland

Das Statistik-Journal informiert monatlich über aktuelle Ergebnisse aus vielen Bereichen der amtlichen Statistik. Neben Textbeiträgen geben Grafiken und ein Zahlenspiegel umfassende Einblicke in das wirtschaftliche und soziale Geschehen im Saarland.

Saarland heute - Statistische Kurzinformationen *(erscheint jährlich)*

Statistisches Jahrbuch "Saar-Lor-Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie"

Erscheint unregelmäßig im Wechsel mit der Broschüre "Statistische Kurzinformationen Saar-Lor-Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie". Die Publikation zeigt ein Panorama der grenzüberschreitenden europäischen Region in Wort, Zahl und Bild über die demografische, wirtschaftliche und soziale Lage. Bei dem zweisprachigen Werk (deutsch und französisch) handelt es sich um eine Gemeinschaftsveröffentlichung der beteiligten statistischen Ämter.

Broschüre "Statistische Kurzinformationen Saar-Lor-Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie"

Erscheint unregelmäßig im Wechsel mit dem Statistischen Jahrbuch "Saar-Lor-Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie" und enthält die wichtigsten Daten des Jahrbuchs in aktueller Darstellung.

II. Fachstatistische Schriften

Handbuch Öffentliche Finanzen

Erscheinungsweise jährlich. Das Handbuch stellt Grunddaten über die aktuelle Finanzsituation im öffentlichen Bereich zur Verfügung. Angegeben sind sowohl einfache Bestandszahlen als auch funktional gegliederte Ergebnisse für die Gemeinden und das Land.

Statistische Berichte

Zur schnellen Unterrichtung von Verwaltung und anderen Interessenten werden hier die neuesten Ergebnisse der laufenden Statistiken wie auch die ersten Resultate von Sondererhebungen veröffentlicht. Ihre sachliche Gliederung ist sehr differenziert und in der Regel bundeseinheitlich festgelegt.

Bildung - Kurzinformationen *(erscheint jährlich)*

Umwelt - Kurzinformationen *(erscheint jährlich)*

Faltblatt Landwirtschaft *(erscheint jährlich)*

III. Reihen

Einzelschrift zur Statistik des Saarlandes

In dieser Reihe, die bis heute mehr als 100 Bände umfasst, werden aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik schwerpunktmäßig Einzelthemen behandelt. Insbesondere werden hier Ergebnisse von Erhebungen dargestellt, die nur in mehrjährigen Abständen stattfinden, so etwa die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung, Handels- und Gaststättenzählung, Handwerkszählung etc.

Saarland in Zahlen (Sonderhefte)

In dieser Reihe werden sachlich und teils auch regional tief gegliederte Ergebnisse mit fachlichen Schwerpunkten veröffentlicht. Regelmäßig erscheinen die Sonderhefte aus den Bereichen Produzierendes Gewerbe, Agrarberichterstattung und allgemein bildende Schulen.

Saarländische Gemeindezahlen

In diesem jährlich erscheinenden Heft werden Informationen aus den verschiedensten Bereichen der amtlichen Statistik auf Gemeinde- und Kreisebene veröffentlicht.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder - Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Landesämter

Ergebnisse über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts nach Ländern sowie Bruttowertschöpfung und verfügbares Einkommen der kreisfreien Städte und Landkreise. Erscheinungsweise mehrmals jährlich.

IV. Verzeichnisse

wie Gemeindeverzeichnis, Schulverzeichnis, Verzeichnis der Kindertageseinrichtungen, Krankenhausverzeichnis, Straßenverzeichnis, Märkte im Saarland usw. werden in der Regel jährlich aktualisiert herausgegeben und sind teils auch in elektronischer Form lieferbar oder - wie der SAPLIS-Datenbestandskatalog - über Internet abrufbar.

STATISTISCHES LANDESAMT SAARLAND - Presse- und Informationsdienst

Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken, ☎ 06 81/5 01 - 59 35/- 59 25, Telefax 06 81/5 01 - 59 21

E-Mail: statistik@stala.saarland.de Internet: <http://www.statistik.saarland.de>

Sozialleistungen

Heiner Bost

Was kostet die Kinder- und Jugendhilfe?

Die öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe betrugen 1992 im Saarland 150,6 Mio. Euro und sind bis zum Jahre 2002 um 109 Mio. Euro auf fast 260 Mio. Euro angestiegen. Dies entspricht einer Ausgabensteigerung von 72 %. Fast die Hälfte der Ausgabe entfiel dabei auf die Tageseinrichtungen für Kinder. Die Einnahmen sind im gleichen Zeitraum von 10,4 Mio. auf 15,0 Mio. Euro angestiegen. Die reinen Ausgaben - das sind die Ausgaben minus die Einnahmen - sind je Einwohner zwischen 1992 und 2002 von 130 auf 229 Euro angewachsen.

1. Vorbemerkungen

1.1 Allgemeines

Die Kinder- und Jugendhilfe gehört zum festen Bestandteil des Sozialsystems der Bundesrepublik Deutschland und kann auf eine gut 80-jährige Tradition zurückblicken. Die ersten - allerdings noch nicht durchorganisierten - Maßnahmen der Jugendarbeit gab es zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts in Form der Armen- und Jugendfürsorge. Diese mündeten im Jahre 1924 in das Reichswohlfahrtsgesetz, und wurden damit erstmals als staatliche Aufgabe festgeschrieben.

Das moderne Kinder- und Jugendhilferecht ist im Sozialgesetzbuch (SGB) geregelt, und zwar als Aches Buch. Die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe sowie einige Grundsätze, die das Zusammenwirken der Beteiligten regeln, sind in den Vorschriften des ersten Kapitels festgelegt, die dazu gehörende Kinder- und Jugendhilfestatistik im neunten Kapitel.

Die grundlegenden Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe sind:

- Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung junger Menschen,
- Vermeidung und Abbau von Benachteiligungen,
- Beratung und Unterstützung von Eltern und Erziehungsberechtigten,
- Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren für ihr Wohl,
- Bemühungen um die Erhaltung und Schaffung von positiven Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie einer kinder- und familiengerechten Umwelt.

Die Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz werden von den Jugendämtern der Städte und Kreise als öffentli-

che Träger einerseits und von freien Trägern andererseits erbracht. Hierzu zählen vornehmlich Kirchen, Vereine, Stiftungen und Initiativen. Der Gesetzgeber hat diese Trägervielfalt bewusst zugelassen, um dadurch unterschiedliche Wertorientierungen, Inhalte, Methoden und Arbeitsformen zu gewährleisten.

Zu den Leitbildern der Kinder- und Jugendhilfe zählen u.a.:

- das Gebot der partnerschaftlichen Zusammenarbeit der unterschiedlichen Träger,
- die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an allen sie betreffenden Entscheidungen,
- die Berücksichtigung der kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen und ihrer Familien,
- die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen,
- die Förderung der Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, bedarf es des Einsatzes vieler Menschen. Die einen haben ihren Beruf im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gefunden (bundesweit ca. 580 000, im Saarland rund 6 400), die anderen engagieren sich ehrenamtlich. Statistische Angaben über die Zahl der ehrenamtlich Tätigen, die vornehmlich bei Jugendverbänden und Vereinen im Einsatz sind, gibt es leider nicht.

Eine weitere Voraussetzung für eine erfolgreiche Kinder- und Jugendhilfe ist die ausreichende Ausstattung mit finanziellen Mitteln. Die Darstellung und die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen für die Einzel- und Gruppenhilfe einerseits und für die Einrichtungen andererseits sind Gegenstand des vorliegenden Beitrages. Der Zeitrahmen erstreckt sich dabei von 1992 bis 2002.

1.2 Die Jugendhilfestatistik

Die amtliche Statistik der Kinder- und Jugendhilfe setzt sich aus vier Teilen zusammen:

- Teil I: Erzieherische Hilfen,
- Teil II: Maßnahmen der Jugendarbeit,
- Teil III: Einrichtungen und Personal,
- Teil IV: Ausgaben und Einnahmen.

Der für den Beitrag relevante Teil IV ist eng mit den anderen Teilen verbunden. Die Ausgaben und Einnahmen sollen nämlich so erfasst werden, wie sie zu den Maßnahmen und Einrichtungen der Teile I bis III passen.

Auf die wichtigsten Bestandteile der Erhebungsbereiche I bis III wird nachstehend kurz eingegangen:

Teil I: Erzieherische Hilfen

Dieser Teil ist in 7 Erhebungsbereiche aufgeteilt, für die jährlich Totalerhebungen durchzuführen sind:

- Institutionelle Beratung: alle von Beratungsdiensten und -einrichtungen abgeschlossenen Fälle von Erziehungs-, Familien-, Jugend- und Suchtberatung.
- Betreuung einzelner junger Menschen: Hilfen für junge Menschen mit ambulanter Einzelbetreuung durch Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer oder soziale Gruppenarbeit.
- Sozialpädagogische Familienhilfe: Angaben über familienbezogene sozialpädagogische Maßnahmen der Jugendarbeit und über die Struktur der betreuten Familien.
- Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses: begonnene und beendete Hilfen, die ganz oder überwiegend mit einer Unterbringung des jungen Menschen außerhalb des Elternhauses verbunden sind. Darüber hinaus werden Angaben über Änderungen der Form der Unterbringung bei gleichbleibender Hilfeart erhoben. In fünfjährigem Abstand, das nächste Mal zum 31.12.2005, wird der Bestand der jungen Menschen erfasst, die am Jahreswechsel Hilfen außerhalb des Elternhauses erhalten.
- Adoptionen: Angaben über adoptierte Kinder und Jugendliche sowie über die Adoptionsvermittlung.
- Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Sorgerecht.
- Vorläufige Schutzmaßnahmen: Erfassung von Inobhutnahme und Herausnahme.

Teil II: Maßnahmen der Jugendarbeit

In diesen Bereichen findet alle vier Jahre eine Erhebung statt. Sie soll statistisches Zahlenmaterial über den Umfang der Aktivitäten junger Menschen in vier ausgewählten Bereichen der Jugendarbeit bereitstellen, wenn dafür öffentliche Mittel verwendet wurden. Diese Bereiche sind:

- Kinder- und Jugendberufshilfe,
- Außerschulische Jugendbildung,
- Internationale Jugendarbeit,
- Mitarbeiterfortbildung eines freien Trägers.

Teil III: Einrichtungen und tätige Personen

Auch zu dieser Thematik findet alle vier Jahre eine Erhebung statt. Dabei wird unterschieden zwischen Tageseinrichtungen für Kinder und sonstigen Einrichtungen. Beide Bereiche werden mit unterschiedlichen Erhebungsbogen befragt. Erfasst werden Angaben über die Institution und über das in der Institution beschäftigte Personal in jeweils vorgegebener Abgrenzung.

Teil IV: Die Ausgaben- und Einnahmenstatistik

Die Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe werden jährlich erfasst und geben einen Überblick über die Kosten der unterschiedlichen Hilfearten, die in den ersten drei Teilen der Kinder- und Jugendhilfestatistik erhoben werden. Die rechtlichen Grundlagen sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Dort sind die Erhebungsmerkmale, die Periodizität und vor allem auch der Kreis der Auskunftspflichtigen festgelegt. Nach § 102 werden nur die öffentlichen, nicht aber die freien Träger zur Statistik herangezogen und damit werden auch nur öffentliche Ausgaben erfasst. Darunter fallen zwar die öffentlichen Zuschüsse an freie Träger, die eigenen Ausgaben und Einnahmen der freien Träger bleiben aber außen vor. Eine Gesamtzusammenstellung aller Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe ist also nicht möglich.

In Verwaltungsvorschriften über die Gliederung und die Gruppierung der Haushaltspläne der Gemeinden und Gemeindeverbände vom 12. März 1991 hat das saarländische Innenministerium u.a. den Haushaltsgliederungsplan hinsichtlich der Abschnitte 45 und 46 (Jugendhilfe nach dem KJHG bzw. Einrichtungen der Jugendhilfe) neu geregelt, um damit auch den Anforderungen der Jugendhilfestatistik gerecht zu werden. Die Untergliederung des Haushaltsabschnittes 45 in vierstellige Unterabschnitte - die Viersteller sind statistisch relevant - ist jedoch freiwillig und ggf. nur für die Buchführung und Jahresrechnung, nicht aber für den Haushaltsplan zu übernehmen. Dadurch können Unschärfen entstehen.

2. Ergebnisse

Die öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe betrugen 1992 im Saarland 150,6 Mio. Euro. Fast die Hälfte davon (72,6 Mio. Euro) wurden dabei alleine für die Tageseinrichtungen für Kinder gezahlt. 45,6 Mio. Euro bzw. 30,3 % wurden für Hilfen zur Erziehung und für Hilfen für junge Volljährige sowie

**1 Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach Leistungsbereichen sowie Personalausgaben
der Jugendhilfeverwaltung 1992 bis 2002**

Leistungsbereich	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Ausgaben in 1 000 EUR										
Jugendarbeit	10 590	9 745	10 415	9 813	8 977	9 176	10 914	11 632	12 547	13 891	14 457
Einzel- und Gruppenhilfen	4 089	4 476	4 749	4 772	5 073	5 214	5 980	5 882	6 243	6 680	7 607
Einrichtungen	6 501	5 269	5 666	5 041	3 904	3 963	4 934	5 750	6 303	7 211	6 850
Jugendsozialarbeit	2 568	728	1 611	2 427	2 679	2 960	2 691	3 171	3 112	2 622	3 001
Einzel- und Gruppenhilfen	2 538	687	1 570	1 927	2 006	2 267	1 841	2 488	2 502	2 464	2 914
Einrichtungen	31	41	41	500	672	693	850	683	610	157	87
Allgemeine Förderung der Familie	1 221	776	2 002	1 961	1 963	1 665	1 320	1 342	1 464	1 592	3 091
Einzel- und Gruppenhilfen	497	508	1 788	1 771	1 768	1 508	1 168	1 182	1 274	1 462	3 069
Einrichtungen	724	267	214	191	195	156	152	160	190	130	22
Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihren(m) Kind(ern)	1 171	1 612	587	1 161	1 188	1 124	1 137	1 026	1 081	1 202	1 574
Einzel- und Gruppenhilfen	1 171	1 612	586	1 161	1 188	1 124	1 137	1 026	1 081	1 202	1 574
Einrichtungen	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Tageseinrichtungen für Kinder	72 599	83 079	88 472	90 474	99 161	100 640	104 829	114 910	117 644	126 336	129 301
Einzel- und Gruppenhilfen	1 406	1 676	3 303	4 489	4 743	5 860	5 645	5 870	5 039	11 114	12 172
Einrichtungen	71 193	81 403	85 170	85 985	94 418	94 779	99 183	109 041	112 605	115 222	117 129
Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, und Inobhutnahme	45 491	48 604	54 846	62 340	68 313	68 385	71 087	74 922	78 518	78 704	84 616
Einzel- und Gruppenhilfen	43 935	46 927	53 119	60 537	66 344	68 143	70 843	74 685	78 093	78 137	83 781
Einrichtungen	1 555	1 677	1 728	1 803	1 969	242	244	237	424	567	835
Mitarbeiterfortbildung	20	16	20	114	12	25	15	18	27	24	18
Einzel- und Gruppenhilfen	20	16	20	4	12	25	15	18	27	24	18
Einrichtungen	-	0	1	110	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Ausgaben	3 718	4 883	2 991	4 261	7 544	6 277	7 084	6 229	6 959	6 655	7 128
Einzel- und Gruppenhilfen	2 453	3 857	1 883	2 878	5 461	4 245	4 049	3 631	4 304	3 781	3 759
Einrichtungen	1 265	1 026	1 108	1 383	2 084	2 031	3 035	2 598	2 655	2 875	3 369
Ausgaben zusammen	137 379	149 442	160 945	172 551	189 836	190 253	199 081	213 250	221 357	231 027	243 015
Einzel- und Gruppenhilfen	56 109	59 758	67 018	77 539	86 594	88 384	90 682	94 781	98 569	104 864	114 894
Einrichtungen	81 269	89 684	93 927	95 012	103 241	101 868	108 398	118 469	122 788	126 162	128 121
Personalausgaben der Jugendhilfeverwaltung	13 200	15 460	15 537	16 059	16 848	16 276	17 075	17 012	16 893	16 507	16 291
AUSGABEN INSGESAMT	150 578	164 902	176 482	188 609	206 683	206 529	216 155	230 261	238 249	247 534	259 305

Inobhutnahme aufgewendet und 10,6 Mio. Euro (7,0 %) für die Jugendarbeit. Die übrigen Ausgaben spielten eine vergleichsweise geringe Rolle. Für die Verwaltung der Jugendhilfe wurden 1992 landesweit 13,2 Mio. Euro ausgegeben, was einem Anteil von 9 % der Gesamtausgaben entspricht.

Die Gesamtausgaben sind bis zum Jahre 2002 um 109 Mio. Euro auf 259,3 Mio. Euro angestiegen. Dies ist ein Plus von 72 %. Da die einzelnen Ausgabearten unterschiedliche Veränderungen erfahren haben, hat sich auch die Ausgabenstruktur leicht verschoben. Der Anteil der Ausgaben für Tageseinrichtungen für Kinder ist von 48,2 auf 49,1 % angestiegen, die Ausgabenquote für die Hilfe zur Erziehung von 30,2 auf 32,1 %.

Unterdurchschnittliche Zuwächse wurden bei der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und bei der Unterbringung von Müttern und Vätern mit Kindern registriert.

Die Personalkostensteigerung fiel mit einem Plus von 28,5 % deutlich geringer aus als die Gesamtkostenzunahme.

Der einzige Bereich, für den 2002 weniger Geld ausgegeben wurde als 1992, war die Mitarbeiterförderung mit einem Minus von 2 Mio. Euro.

Bei der Verteilung der Ausgaben nach Trägergruppen sind im Laufe des letzten Jahrzehnts einige Veränderungen eingetreten. So ist der Anteil der Ausgaben der Jugendämter von 64 auf 59 % gesunken und der Anteil der Ausgaben des Landesjugendamtes von 5 auf nunmehr 2 % aller Ausgaben. Dagegen

2 Ausgaben für Kinder und Jugendhilfe 1992 und 2002 nach Trägergruppen

Ausgaben	Insgesamt		Davon nach Trägergruppen							
			Jugendämter		Landesjugendamt		kreisangehörige Gemeinden ohne eigenes Jugendamt		oberste Landesjugendbehörde	
	1992	2002	1992	2002	1992	2002	1992	2002	1992	2002
1 000 EUR										
Ausgaben insgesamt	150 578	259 305	96 013	152 735	6 851	2 599	29 249	62 779	18 465	41 193
dav. für Hilfen und Einrichtungen öffentlicher Träger	97 840	167 985	67 498	108 603	6 081	1 934	24 140	50 333	120	7 116
dar. Personalausgaben	41 555	63 220	24 163	23 057	815	929	16 492	39 234	85	-
für die Förderung freier Träger	52 738	91 320	28 515	44 133	769	665	5 109	12 446	18 345	34 077

sind die Ausgabequoten der Gemeinden ohne eigenes Jugendamt von 19 auf 24 und der Obersten Landesjugendbehörde, das ist das Sozialministerium, von 12 auf 16 % angestiegen.

Gut 65 % aller Ausgaben wurden 1992 für Hilfen und Einrichtungen öffentlicher Träger und lediglich 35 % für die Förderung freier Träger verwendet. An dieser Verteilung hat sich bis zum aktuellen Zeitpunkt nichts verändert. Dies trifft im Wesentlichen auch auf die Jugendämter, das Landesjugendamt und die Gemeinden ohne eigenes Jugendamt zu. Lediglich bei der Obersten Landesbehörde hat es eine deutliche Umschichtung gegeben. Entfielen 1992 nur 0,7 % der Ausgaben auf die Hilfen und Einrichtungen öffentlicher Träger, ist dieser Anteil bis 2002 auf knapp über 17 % angewachsen.

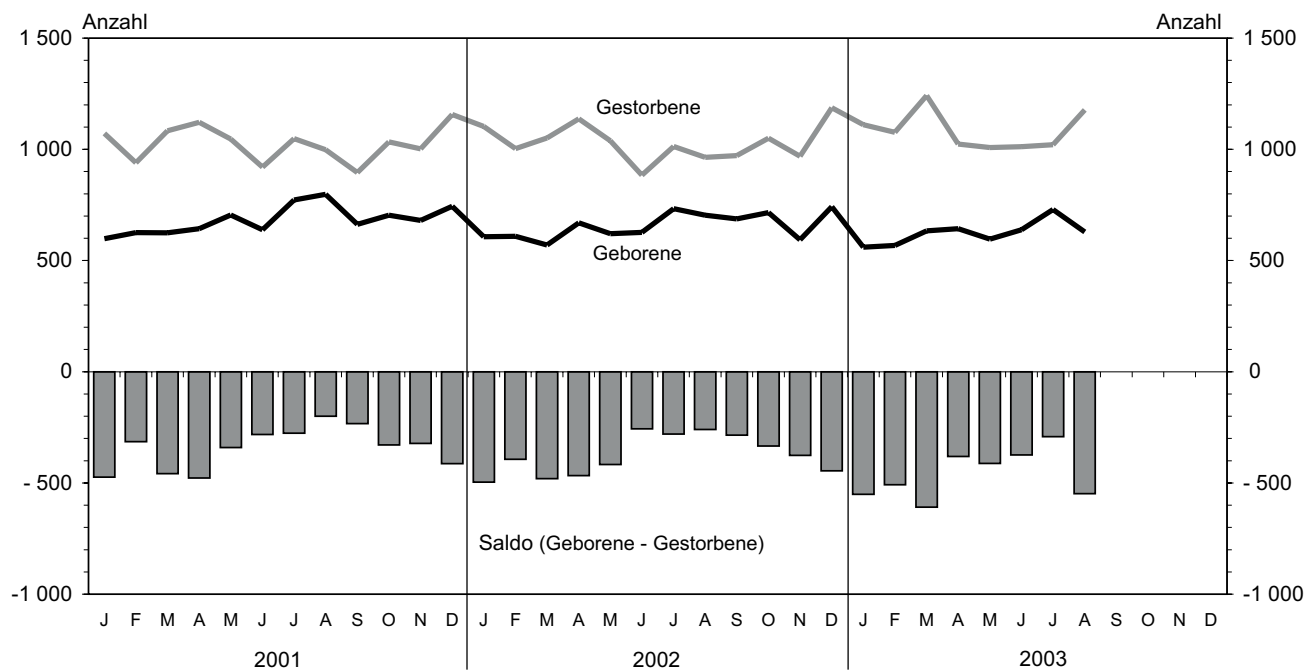
Die Einnahmen sind im Zeitraum von 1992 bis 2002 von 10,376 Mio. Euro auf 15,023 Mio. Euro ebenfalls angestiegen, aber mit knapp 44,8 % deutlich schwächer als die Ausgaben. Die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben ergibt die reinen Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe. Sie sind von 140,2 Mio. Euro im Jahre 1992 auf 244,3 Mio. Euro im Jahre 2002 angestiegen, ein Plus von 74,2 %.

Eine durchaus gängige Kennzahl in diesem Zusammenhang sind die Kosten je Einwohner. Sie betrugen im Jahre 2002 im Saarland 229 Euro gegenüber 218 im Jahre 2001 und 130 Euro in 1992. Bundesweit lag dieser Index 2001 bei 208. Den höchsten Länderwert wies dabei Berlin mit 446 Euro und den niedrigsten mit 111 Euro Bayern auf. Für das Jahr 2002 liegen noch keine Bundesergebnisse vor.

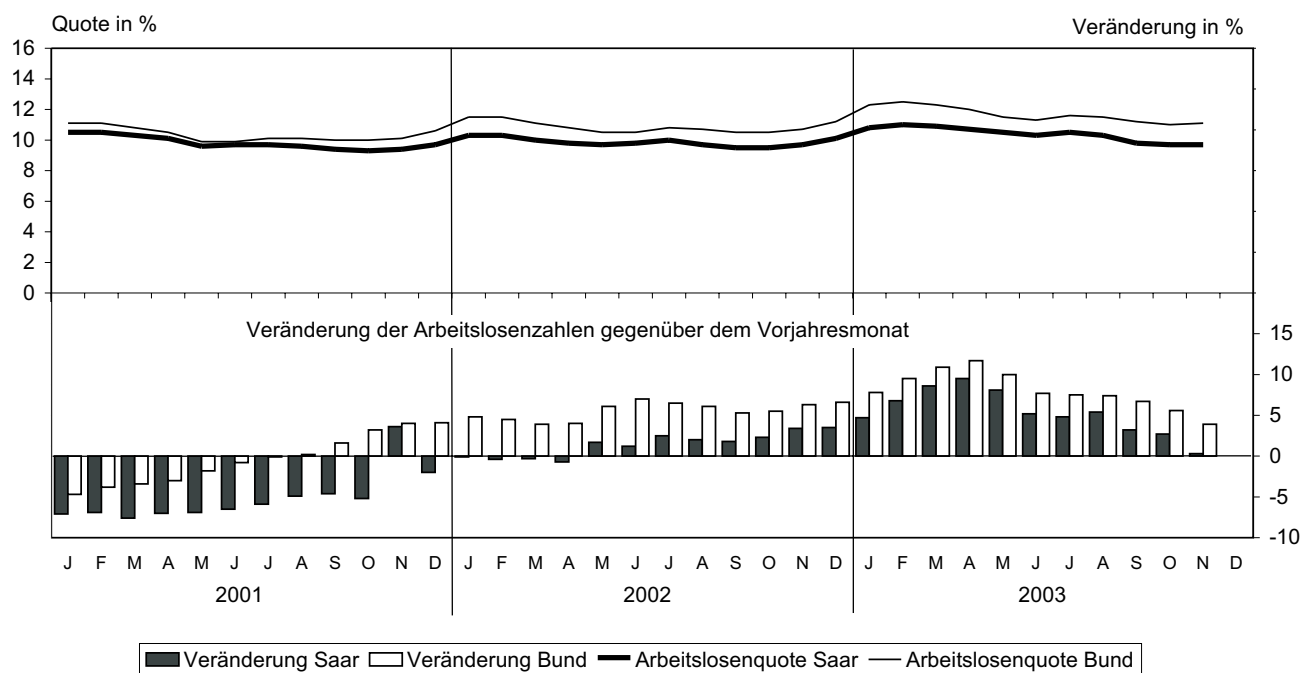
3 Einnahmen und Ausgaben der Kinder und Jugendhilfe 1992 und 2002 nach Trägergruppen

Ausgaben	Insgesamt		Davon nach Trägergruppen							
			Jugendämter		Landesjugendamt		kreisangehörige Gemeinden ohne eigenes Jugendamt		oberste Landesjugendbehörde	
	1992	2002	1992	2002	1992	2002	1992	2002	1992	2002
1 000 EUR										
Einnahmen insgesamt	10 376	15 023	5 669	6 095	247	7	4 459	8 922	1	-
dar.: Gebühren, Entgelte, Teilnehmerbeiträge	5 948	7 762	2 902	197	-	-	3 044	7 565	1	-
Ausgaben insgesamt	150 578	259 305	96 013	152 735	6 851	2 599	29 249	62 779	18 465	41 193
Reine Ausgaben	140 202	244 282	90 344	146 641	6 604	2 592	24 790	53 857	18 464	41 193
Reine Ausgaben je Einwohner	130	229	x	x	x	x	x	x	x	x

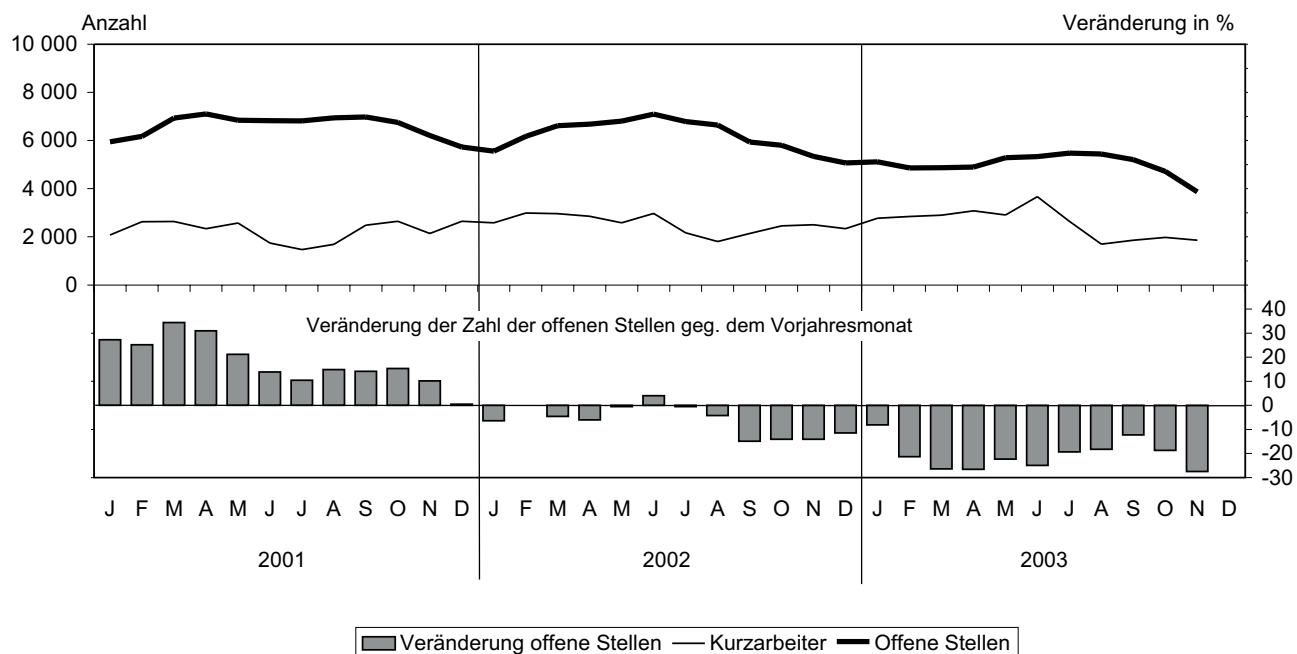
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG IM SAARLAND



ARBEITSLOSE

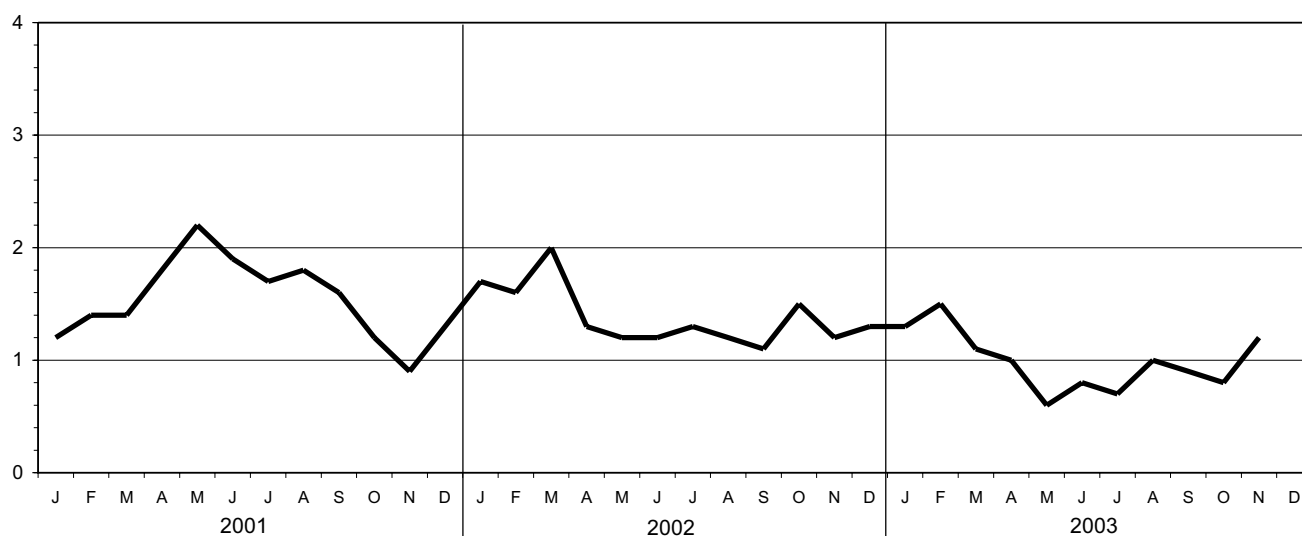


KURZARBEITER UND OFFENE STELLEN IM SAARLAND

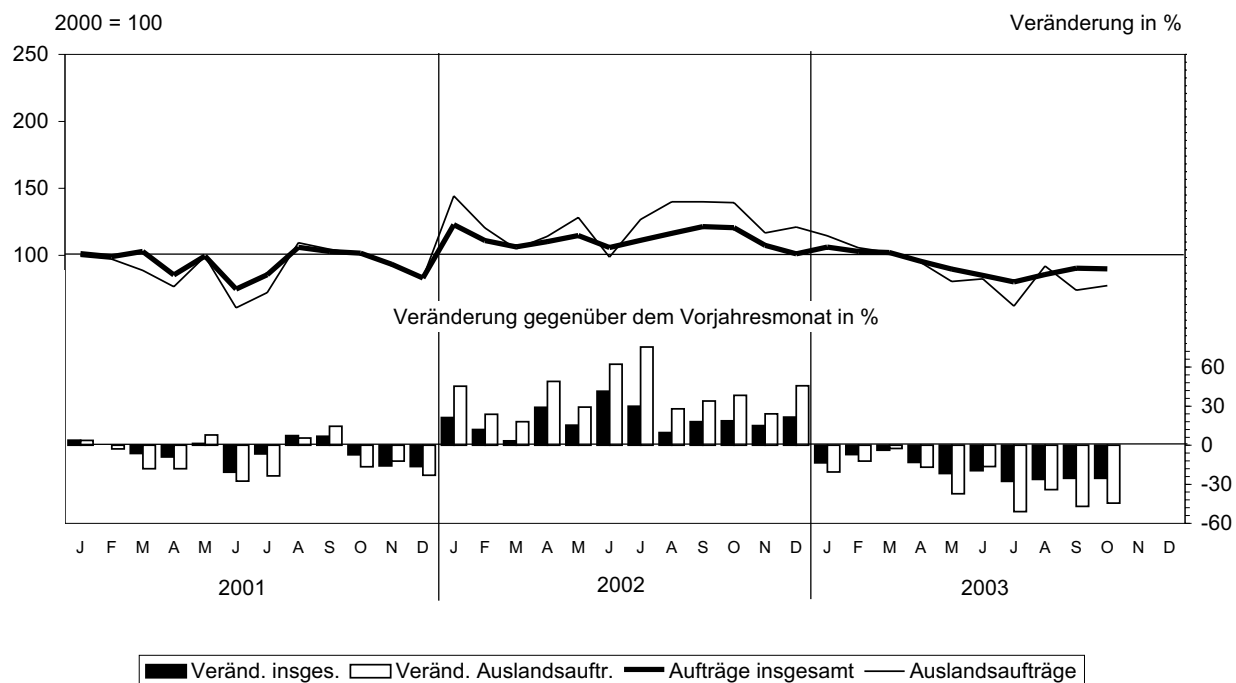


VERBRAUCHERPREISINDEX IM SAARLAND

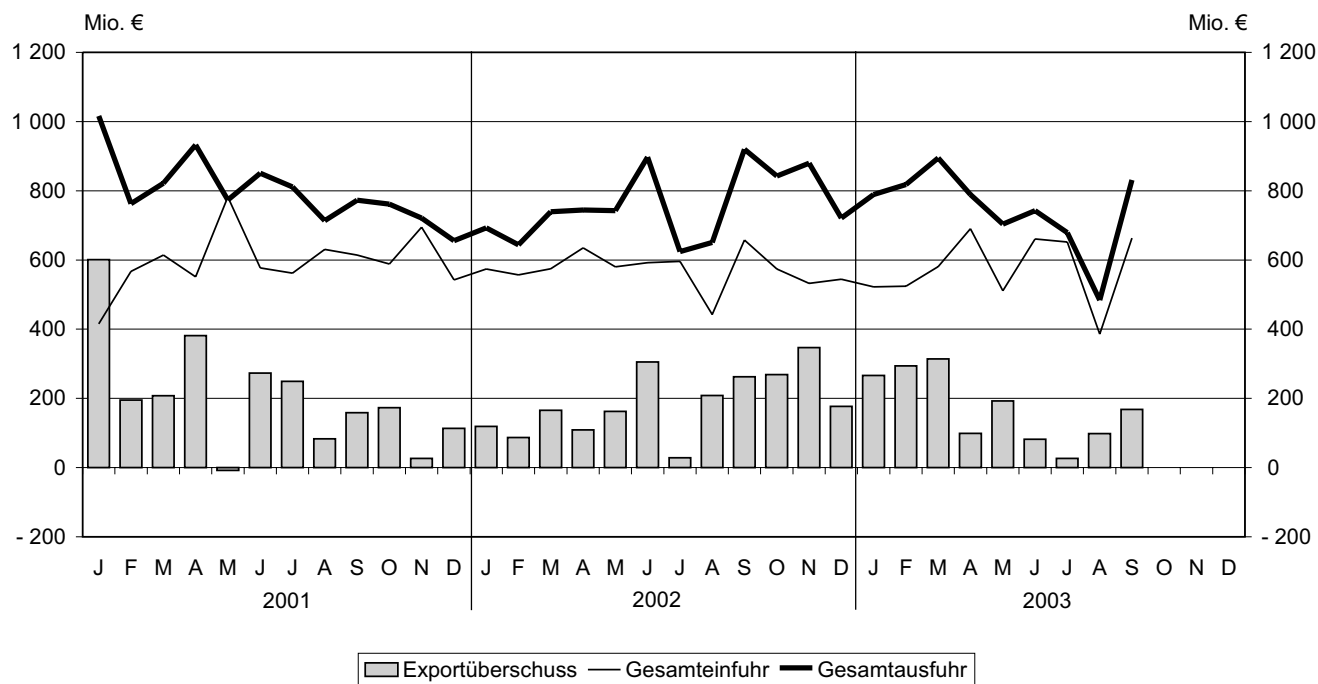
Verbraucherpreisindex im Saarland
Basis 2000 = 100
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



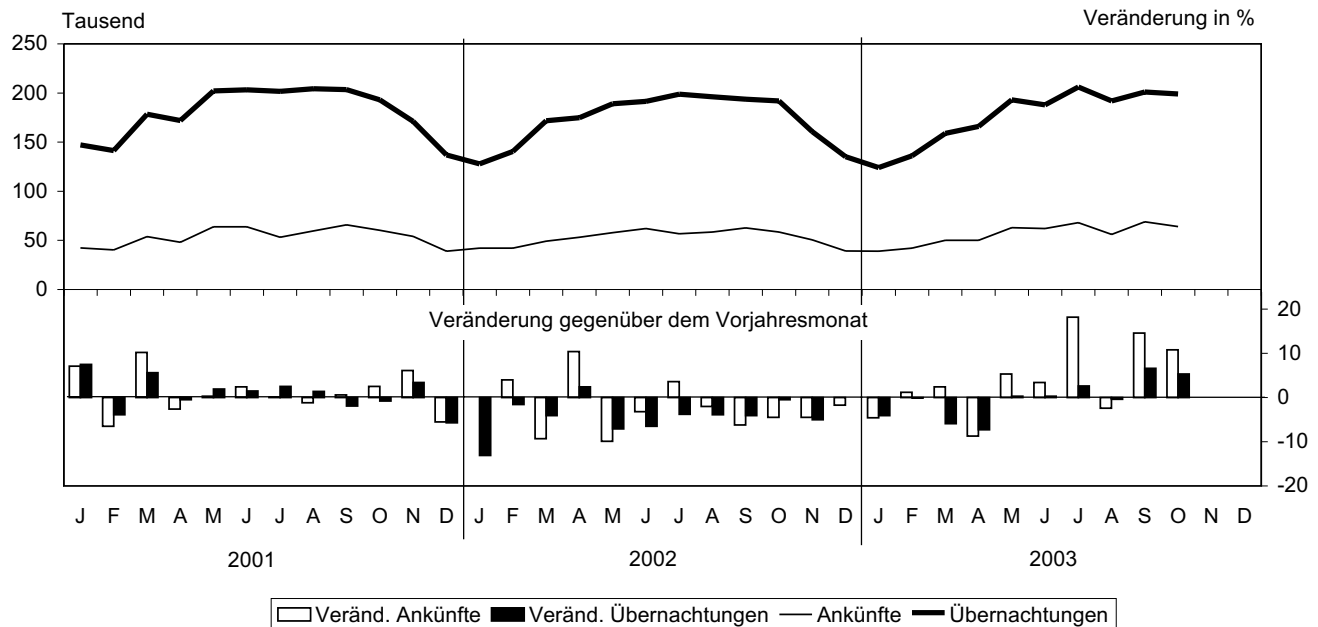
AUFTRAGSEINGANGSINDEX VERARBEITENDES GEWERBE IM SAARLAND



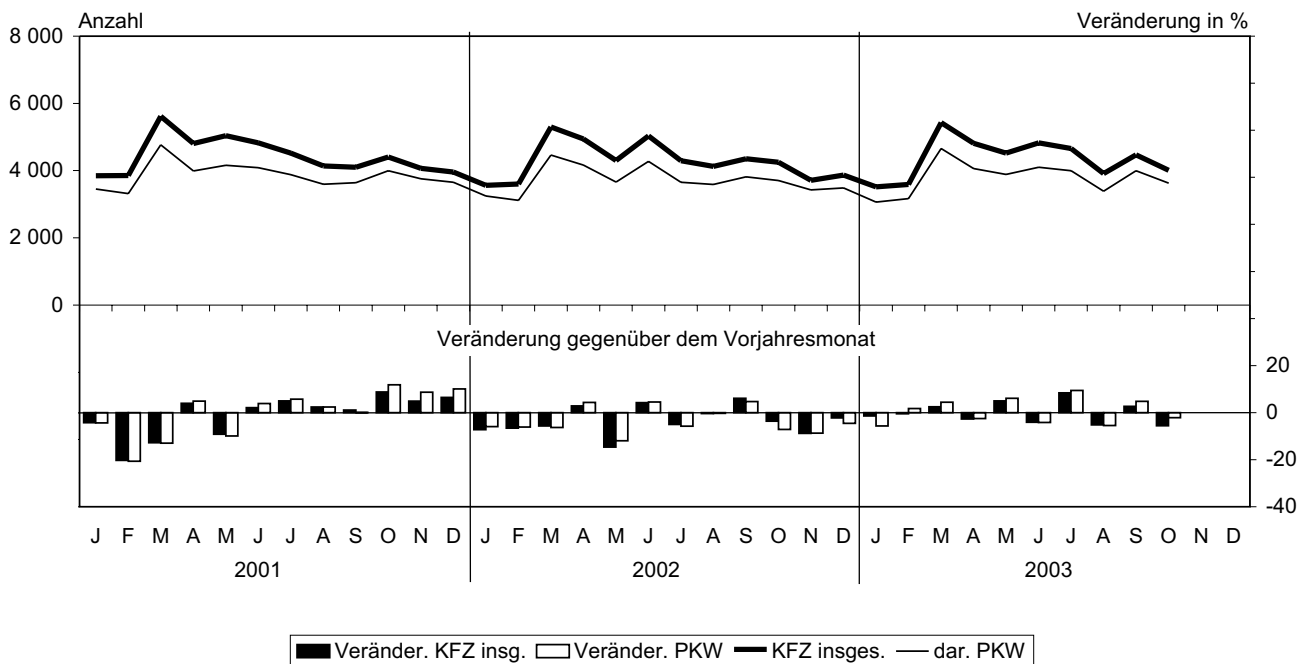
AUSSENHANDEL IM SAARLAND



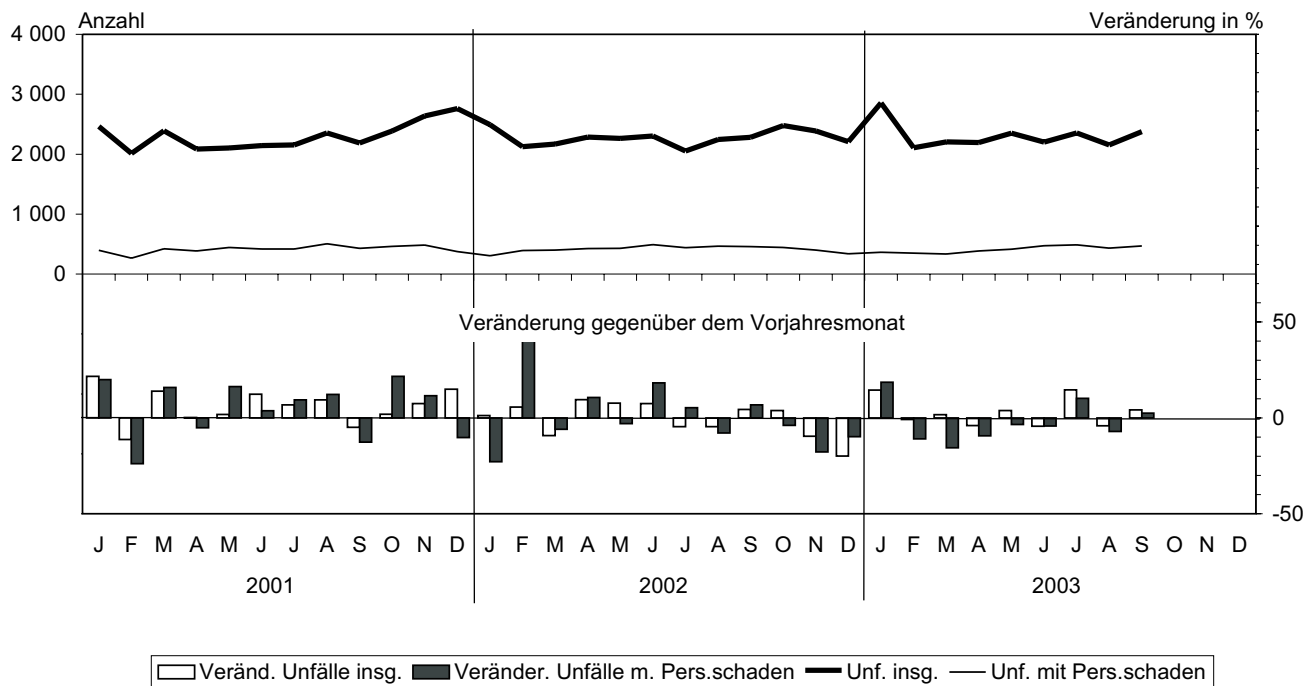
GÄSTEANKÜNFTE UND -ÜBERNACHTUNGEN IM SAARLAND



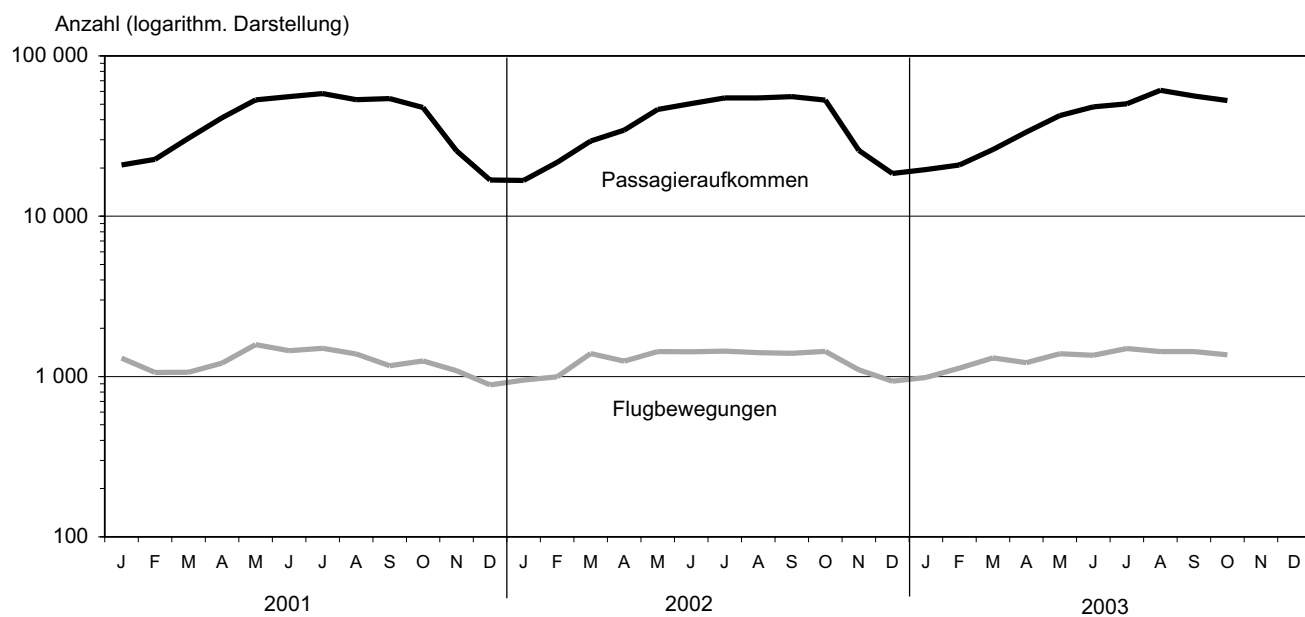
KFZ - NEUZULASSUNGEN IM SAARLAND



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE IM SAARLAND



LUFTVERKEHR FLUGHAFEN SAARBRÜCKEN



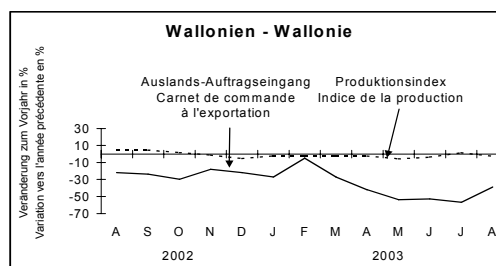
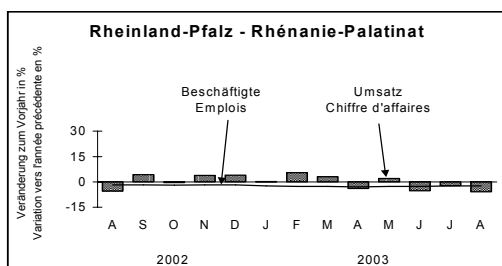
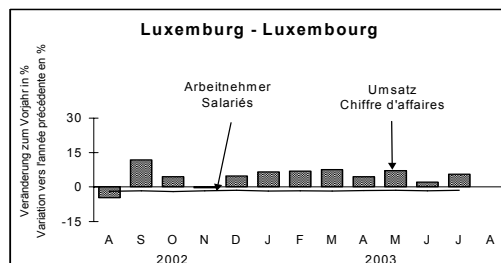
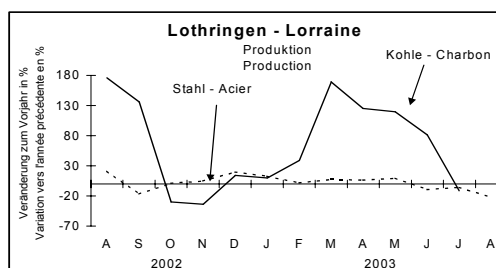
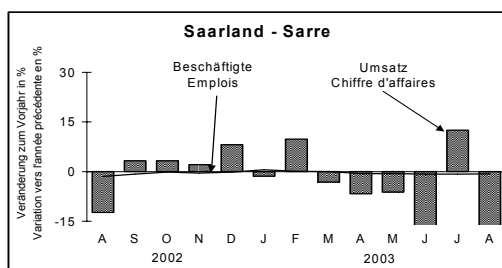
Konjunktur aktuell Conjoncture actuelle

Oktober · Octobre 2003

Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonien
Grande Région Saar – Lor – Lux – Rhénanie-Palatinat – Wallonie

22.10.2003

Verarbeitendes Gewerbe · Industries manufacturières



Herausgeber · Éditeur: Statistisches Landesamt Saarland, Saarbrücken · Institut National de la Statistique et des Études Économiques (INSEE), Direction Régionale de Lorraine · Service Central de la Statistique et des Études Économiques (Statec), Luxembourg · Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems · Ministère de la Région Wallonne, Service des Études et de la Statistique (S.E.S.), Jambes (Namur).

Verarbeitendes Gewerbe in der Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonien
Industries manufacturières dans la Grande Région Saar - Lor - Lux - Rhénanie-Palatinat - Wallonie

Merkmal Variable	2002					2003							
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
	Août	Sept.	Oct.	Nov.	Déc.	Jan.	Févr.	Mars	Avril	Mai	Juin	Juillet	Août
	Variation vers l'année précédente en %												
Saarland - Sarre													
Beschäftigte Emplois	-1,5	-0,8	-0,2	-0,5	-0,2	0,5	0,1	0,0	-0,6	-0,6	-0,8	-0,8	-0,7
Umsatz - Chiffre d'affaires	-12,4	3,2	3,2	2,1	8,1	-1,4	9,8	-3,2	-6,7	-6,2	-20,6	12,5	-28,5
Lothringen - Lorraine													
Produktion von Production de Stahl Acier	21,0	-16,8	0,9	4,5	19,7	12,5	1,5	7,5	6,4	9,2	-9,4	-5,8	-22,4
Kohle Charbon	175,6	135,6	-30,2	-33,9	13,9	9,5	38,8	169,0	125,0	119,1	81,1	-11,4	...
Luxemburg - Luxembourg													
Arbeitnehmer Salariés	-1,9	-1,7	-2,0	-1,7	-1,5	-1,8	-1,7	-1,8	-1,6	-1,5	-1,7	-1,5	...
Umsatz - Chiffre d'affaires	-4,7	11,7	4,4	-0,4	4,7	6,5	6,9	7,5	4,4	7,0	2,1	5,5	...
Rheinland-Pfalz - Rhénanie-Palatinat													
Beschäftigte Emplois	-1,8	-1,8	-1,9	-1,8	-1,8	-2,4	-2,8	-2,8	-3,0	-2,8	-2,7	-2,5	-2,5
Umsatz - Chiffre d'affaires	-5,5	4,2	-0,5	3,7	3,9	0,1	5,3	3,0	-3,9	2,0	-5,3	-2,3	-6,0
Wallonien - Wallonie													
Auslands-Auftrags- eingang ¹⁾ Carnet de comman- des à l'exportation ¹⁾	-22,0	-24,0	-30,0	-18,0	-22,0	-27,0	-5,0	-27,0	-42,0	-54,0	-53,0	-57,0	-39,0
Produktionsindex Indice de la production	5,1	4,6	1,7	-1,3	-5,4	-2,2	-2,4	-1,9	-2,3	-5,8	-3,5	1,4	-2,9

1) Dessaisonalisée / Saisonbereinigt.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES SAARLAND

Statistische Berichte im Monat November 2003

Bevölkerungsentwicklung im 2. Vierteljahr 2003	A I 1/A I 2 - vj 2/2003	Binnenschifffahrt Januar bis Juni 2003	H II 1 - hj 1/2003
Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Familienstand am 31. Dezember 2002	A I 3 - j 2002	Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsstatistik im Saarland 2002	K I 1/K VI 1 - j 2002
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 2. Vierteljahr 2003	A II 1 - vj 2/2003	Kommunale Finanzen im Kalenderjahr 2002	L II 2 - j 2002
Wanderungen im 2. Vierteljahr 2003	A III 1 - vj 2/2003	Versorgungsempfänger am 1.1.2003	L III 3 - j 2003
Sterbefälle 2002 nach Todesursachen, Geschlecht und Altersgruppen	A IV 3 - j 2002	Verbraucherpreisindex Oktober 2003	M I 2 - m 10/2003
Studierende an den Hochschulen des Saarlandes im Wintersemester 2002/2003	B III 1 - hj 2/2002	Verbraucherpreisindex November 2003	M I 2 - m 11/2003
Weiterbildung im Saarland 2002	B IV 1 - j 2002	Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2002	M I 7 - j 2002
Gewerbeanzeigen im Saarland 2. Quartal 2003 und 1. Halbjahr 2003	D I 2 - vj 2/2003	Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im Saarland Juli 2003	N I 1 - vj 3/2003
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im September 2003	E I 1 - m 9/2003	Bruttojahresverdienste in Industrie und Handel 2002	N I 4 - j 2002
Handel im August 2003	G I 1 - m 8/2003	Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im Saarland 2000	N III - j 2000
Handel im September 2003	G I 1 - m 9/2003	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Ausgabe Januar bis August 2003	Z 1 - m 8/2003
Fremdenverkehr im Juli 2003	G IV 1 - m 7/2003	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Ausgabe Januar bis September 2003	Z 1 - m 9/2003
Fremdenverkehr im August 2003	G IV 1 - m 8/2003	Konjunktur aktuell November 2003	KA-11
Gastgewerbe im September 2003	G IV 3 - m 9/2003		

MITTEILUNGEN DES AMTES

Statistisches Jahrbuch 2003 erschienen

Soeben ist die Ausgabe 2003 des Statistischen Jahrbuches für das Saarland erschienen.

Als Querschnittsveröffentlichung bietet das Jahrbuch einen umfassenden Einblick in alle wichtigen Bereiche der Bevölkerung, Kultur, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft des Saarlandes. Es bietet in übersichtlicher Form Basisinformationen über aktuelle Strukturen wie auch über zeitliche Veränderungen. Vergleichsdaten aus den Ländern der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union geben den Blick auch über die Landesgrenzen frei.

Interessenten können das Jahrbuch zum Preis von 20 Euro (zuzüglich Porto und Versand) erwerben.

Bezugsquelle: Statistisches Landesamt Saarland
 Virchowstraße 7, 66119 Saarlouis
 Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken
 Telefon: (06 81) 5 01 - 59 27, Fax (06 81) 5 01 - 59 21
 E-Mail: statistik@stala.saarland.de
 Internet: www.statistik.saarland.de